

Digitale Souveränität stärken: Vertrauen, Sicherheit und Privatsphäre im Netz schützen

Forderungen und Empfehlungen der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) an die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz

Stand: Februar 2015

Motivation:

Erst vor kurzem stellte die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte Navi Pillay ihren Bericht zur Privatsphäre im digitalen Zeitalter vor. Sie zeigt darin auf, dass Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre Menschenrechte sind, die bislang nicht oder nur mangelhaft umgesetzt sind. Sie kritisiert staatliche Massenüberwachung, die diese Menschenrechte verletzt, und fordert alle Staaten auf, ihre nationalen Gesetze, Richtlinien und Praktiken zu überprüfen und darauf auszurichten, dass sie diese Menschenrechte schützen. Deshalb hat die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) in einem interdisziplinären Diskurs Empfehlungen und Forderungen formuliert, die

- die digitale Souveränität stärken,
- eine vertrauenswürdige digitale Kommunikation ermöglichen und
- Verstöße gegen die IT-Sicherheit ahnden.

Präambel:

Das Recht auf Privatsphäre ist ein elementares Grundrecht und wesentliche Säule unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Auch und gerade im Kontext digitaler Medien und digitaler Kommunikation kommt ihm eine besondere Bedeutung zu. Aktuell wird es aber von den weitreichenden Möglichkeiten digitaler Überwachung und Manipulation massiv bedroht. Deshalb hat der Staat die Aufgabe, dieses Grundrecht besonders zu schützen. Er muss Rechtsverletzungen wirksam verhindern und Verstöße ahnden. Neben Gesetzen sind auch technische und organisatorische Regelungen nötig, um dieses Ziel zu erreichen und digitale Souveränität zu stärken. In den nachfolgend beschriebenen drei Feldern sieht die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) dringenden Handlungsbedarf. Die GI fordert deshalb alle zuständigen staatlichen Stellen, insbesondere aber die Bundesregierung auf, die nötigen Maßnahmen hierfür zu ergreifen.

1. Schutz durch staatliche Regelungen

Bürger, Unternehmen und Institutionen benötigen uneingeschränkte digitale Souveränität. Die Fähigkeit zur Selbstbestimmung im Netz liegt aber nicht allein in der Hand des Einzelnen. Sie ist auch an technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen gebunden, die digitale Souveränität erst ermöglichen. Deshalb sind Legislative, Exekutive und Judikative gleichermaßen gefordert, diese Rahmenbedingungen zu schaffen und zu schützen.

Die GI fordert eine sichere öffentliche Infrastruktur, die

- sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für jeden garantiert,
- personenbezogene Daten nur so lange speichert wie es unbedingt notwendig ist,
- die Erhebung von Metadaten (inkl. Positionsdaten) minimiert und diese schützt,
- Anonymität wo immer möglich gewährleistet und
- Finanztransaktionen mit kleinen Beträgen so ermöglicht, dass sie nicht rückverfolgbar sind und folglich anonym abgewickelt werden können.

Auch die eingesetzte Technik muss diesen Vorgaben entsprechen. Geräte, die den Vorgaben nicht entsprechen, dürfen nicht verkauft werden. Verstöße gegen Datenschutz und Datensicherheit sind mit wirksamen Strafen zu belegen.

2. Transparenz und Bewusstsein schaffen durch Bildung

Medienbildung und Informatikunterricht an Schulen muss ausgeweitet werden. Schon in der Grundschule sollten Kinder verstehen lernen, wie die digitale Gesellschaft funktioniert und welche Grundwerte darin gelten und zu bewahren sind. Die zentrale Bedeutung von Datenschutz und Schutz der Privatsphäre für unsere Demokratie muss früh vermittelt werden. Kinder und Jugendliche sollen selbst erfahren und erleben, wie sich jeder Einzelne in der digitalen Welt bewegen kann, soll und darf, um diesen Schutz aufrecht zu erhalten. Neben der grundlegenden und durchgängigen Medienbildung, die die Kultusministerkonferenz im März 2012 gefordert hat, müssen informatische Bildungsinhalte einen festen Platz im Fächerkanon insbesondere weiterführender Schulen finden. Ein Informatikunterricht schafft nicht nur Grundlagen für eine fachliche Orientierung, sondern vermittelt einen Grundstock an informatischer Allgemeinbildung, den junge Menschen brauchen, damit sie später die Chancen und Risiken der sie umgebenden digitalen Welt selbstständig einordnen und bewerten können und sich verantwortungsbewusst darin bewegen.

Deshalb muss die Kultusministerkonferenz

- für alle Länder ein verbindliches Curriculum für zeitgemäßen Informatik und Medienunterricht entwickeln und
- für eine zeitgemäße Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sorgen.

Die GI fordert die Bundesregierung außerdem auf, eine Kampagne, analog zum Beispiel der Kampagne zur Aidsaufklärung oder zur Aufklärung zum Suchtmittelmissbrauch, eine Aufklärungskampagne zum Leben in der digitalen Welt zu starten, die übergeordnete Themen wie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Digitalisierung sowie rechtliche Themen wie Datenschutz und Schutz der Privatsphäre als Grundrecht einfach und verständlich vermittelt.

Darüber hinaus fordert die GI Entscheidungsträger und Multiplikatoren in Regierungen und öffentlichen Verwaltungen auf, ihre eigene Kompetenz in Bezug auf das digitale Leben stets auf hohem und aktuellem Niveau zu halten.

3. Sichere Kommunikation durch Verschlüsselung

Die GI setzt sich für die Verbreitung sicherer und einfach anwendbarer Verschlüsselungsverfahren für E-Mails ein. Die GI ist der Überzeugung, dass der Zugang zu geeigneten Sicherheits-Zertifikaten und einfach zu bedienenden Werkzeugen zur Verschlüsselung Voraussetzung für eine breite Akzeptanz sind.

Sie fordert die Bundesregierung auf,

- sichere und vertrauenswürdige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für jeden zur Verfügung zu stellen,
- dafür zu sorgen, dass jeder Bürger unkomplizierten Zugang zu einem kostenlosem Zertifikat erhält. Unabhängige und vertrauenswürdige Stellen müssen solche Zertifikate der Bevölkerung einfach und sicher zur Verfügung stellen;
- Initiativen zu fördern, die einfach benutzbare Werkzeuge, bzw. Programme entwickeln und bereitstellen und die Bürger bei der Nutzung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung durch geeignete Informationsangebote unterstützen;

Schlusswort:

Die GI setzt sich heute und in Zukunft dafür ein, dass die deutsche Politik für die Verwirklichung dieser Rechte international Position bezieht und eine Vorreiterrolle für die digitale Souveränität der Bürger, Unternehmen und Institutionen in unserem Land einnimmt. Sie begrüßt außerordentlich, dass etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung schon heute Initiativen und Verbundvorhaben fördert, die innovative Konzepte oder Ansätze der digitalen Selbstbestimmung und des Selbst Datenschutzes erforschen und entwickeln, sieht aber neben der Förderung auch einen expliziten Regulierungsbedarf.

Unser herzlicher Dank für die Erarbeitung dieser Empfehlungen und Forderungen im Rahmen der Konferenz am 17. Oktober 2014 richtet sich an Simone Rehm (Leitung), Dogan Kesdogan, Manfred Kloiber, Bernd Kowalski, Agata Królikowski, Thomas Leich, Peter Liggesmeyer, Klaus-Peter Löhr, Jochen Ludewig, Bettina Müller, Andreas Oberweis, Hartmut Pohl, Alexander Rabe, Kai Rannenberg, Christine Regitz, Carlo von Lösch, Michael Waidner, Gerhard Weck, Ernst-Oliver Wilhelm, Cornelia Winter.

Kontakt

Gesellschaft für Informatik e.V. (GI)
Alexander Rabe
Stlv. Geschäftsführer und Leiter Hauptstadtbüro

Anna-Louisa-Karsch-Str. 2
10178 Berlin
Tel.: 030/7261566-15
Fax: 030 7261566-19
mailto: alexander.rabe@gi.de
www.gi.de

Die **Gesellschaft für Informatik e.V. (GI)** ist eine gemeinnützige Fachgesellschaft zur Förderung der Informatik in all ihren Aspekten und Belangen. Gegründet im Jahr 1969 ist die GI mit ihren heute rund 20.000 Mitgliedern die größte Vertretung von Informatikerinnen und Informatikern im deutschsprachigen Raum. Die Mitglieder der GI kommen aus Wissenschaft, Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Lehre und Forschung.